



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/01/2014
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 19.02.2014
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
5. Neubau einer Kindertageseinrichtung an der Königstraße
Vorlage: 0028/2014
6. Eigentümer-/Trägerwechsel bei den Kindertageseinrichtungen
Altenhagener Straße 60, Yorkstraße 11, Salzburger Straße 14 und Heigaren-
weg 9
Vorlage: 0130/2014
7. Bericht der Beratungsstelle Zeitraum
8. Vorstellung des kommunalen Integrationszentrums
Bericht der Integrationsagenturen
9. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung des Jahres.

Frau Klos-Eckermann bittet um eine Stellungnahme zu den erschienenen Presseartikeln im Zusammenhang mit den Problemen im Ü-3-Bereich der Kindertagesstätten.

Sie schlägt vor, diese Thematik unter dem Tagesordnungspunkt 4 mit abzuhandeln.

Herr Strüwer ist damit einverstanden.

2. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass er gestern zum Thema Schulsozialarbeit in Düsseldorf gewesen sei.

Wie bekannt sei, habe man im Jahr 2014 keine Mittel mehr für die Schulsozialarbeit veranschlagen können. Für 2011 seien dafür Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabebereich überwiesen worden. Allerdings habe man 2011 noch nicht starten können. Die Mittel seien allerdings bis Ende 2013 befristet gewesen. Nun habe das Arbeitsministerium mit der Stadt Hagen ein Aufsichtsgespräch geführt und gefragt, wo denn die Mittel seien, die für das Jahr 2011 überwiesen worden seien. Man habe wahrheitsgemäß geantwortet, dass diese im allgemeinen Haushalt verblieben seien. Darüber sei man im Arbeitsministerium nicht erfreut gewesen. Einige Städte hätten diese Mittel in 2014 wieder veranschlagt. Das sei grundsätzlich auch in Hagen möglich. Man habe klargestellt, dass auch Nothaushaltskommunen gestattet werde, die Mittel, die 2011 vereinnahmt worden seien, über Kredit im Jahr 2014 wieder zu veranschlagen. Das sei sicher in Hagen aufgrund der Haushaltsdiskussion kein einfaches Unterfangen. Man sei deutlich aufgefordert worden, diesen Vorschlag im Verwaltungsvorstand und natürlich auch in der Politik zu kommunizieren. Man habe deutlich gemacht, dass es im Landtag eine intensive Diskussion zur Schulsozialarbeit gebe und man nicht davor zurückschrecken wolle, die Städte zu benennen, die 2014 keine Mittel für Schulsozialarbeit veranschlagt hätten. In Hagen habe man ab 2014 Mittel für 2,5 Stellen aus dem Etatansatz der Frühen Hilfen zur Verfügung gestellt.

Möglicherweise werde sich aufgrund des deutlichen Drucks des Ministeriums eine andere Haltung zu dem Thema ergeben.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass man sich hier im Jugendhilfeausschuss und im Rat der Stadt für nichts rechtfertigen müsse. Man habe immer die Auffassung vertre-



ten, dass die Schulsozialarbeit für die Stadt von enormer Bedeutung sei, um Chancengleichheit herbeizuführen. Er zeigt sich verärgert über die Handlungsweise des Ministeriums. Schulsozialarbeit sei Aufgabe des Landes.

Er würde sich natürlich darüber freuen, wenn es der Stadt Hagen in irgendeiner Form gelingen würde, für diesen wichtigen Bereich eine dauerhafte Folgefinanzierung für die Schulsozialarbeit gewährleisten zu können.

Herr Goldbach weist in diesem Zusammenhang noch darauf hin, dass man ein Konzept aufgelegt habe, in dem es nicht nur um Schule ginge, sondern auch eine Verknüpfung zur Jugendhilfe gegeben sei. Das Konzept sei übrigens in dem Gespräch als eines der besten des Landes klassifiziert worden. Man habe ein originäres eigenes Interesse an Schulsozialarbeit. Man habe deutlich gemacht, dass man erwarte, dass das Land in die Förderung der Schulsozialarbeit einsteige.

Es sei mehrfach nachgefragt worden, wie hoch die Zahlen zum Elterngeld seien. Man habe erstmalig Zahlen vorliegen. Mit Stand vom 17.02.2014 gebe es 315 bewilligte Anträge auf Elterngeld.

Im Rahmen der KiBiz-Revision gebe es eine Reihe von Veränderungen für Hagen. Man wolle diese dem Ausschuss in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im März darstellen.

Er könne schon jetzt sagen, dass man im Bereich des letzten beitragsfreien Kindergartenjahres aufgrund einer anderen rechtlichen Bewertung Mindereinnahmen bei den Elternbeiträgen in Höhe von ca. 500.000 € zu verzeichnen haben werde.

In Hilfe habe man eine unangenehme Situation bei dem Umbau der Kindergarten-einrichtung „Am Bügel“. Es gebe noch einige Details zum Thema Brandschutz, die nachzurüsten seien. Daher habe man voraussichtlich bis Ende der Woche eine Vakanz. Man hoffe, am Montag wieder mit dem Betrieb durchstarten zu können.

Weiterhin habe man derzeit Anlass zur Sorge, was die Umsetzung des Projektes Hüttenplatz zum 01.08.2014 angehe. Man habe im Vorfeld der Sitzung abgestimmt, dass es kurzfristig auch unter Beteiligung des Oberbürgermeisters Gespräche mit dem Investor und dem möglichen Träger geben solle.

Er informiert den Ausschuss darüber, dass Herr Dirk Hannusch Nachfolger von Frau Versteeg-Schulte sein werde, die zum Ende des Jahres gehen werde. Seine eigene Nachfolge in der Abteilungsleitung werde Frau Natalia Keller zum 01. März wahrnehmen.

Herr Strüwer gratuliert den Nachfolgern.

Herr Goldbach erinnert daran, dass man das Konzept „Frühe Hilfen“ im Jugendhilfeausschuss ausführlich beraten und beschlossen habe. In diesem Zusammenhang stehe noch eine Auftragsvergabe der Evaluation aus. Dazu brauche man noch einmal die Kenntnisnahme des Jugendhilfeausschusses, damit die Vergabe eingeleitet werden könne. Nach der Kenntnisnahme des Ausschusses könne man der Vergabestelle sagen, dass sie den Vergabeauftrag erledigen und ausschreiben könne.



3. Anliegen der Jugendräte

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haxhnikaj und Frau Zejewski berichten von den Anliegen der Jugendräte.

Man habe die neue AG „Inklusion“ ins Leben gerufen. Man wolle bei einem Filmprojekt auch zeigen, an welchen Orten Inklusion schon seit langer Zeit funktioniere. Man werde dieses Filmprojekt bei dem Wettbewerb zum Kinder- und Jugendkulturpreis NRW vorstellen und an dem Wettbewerb teilnehmen. Man freue sich darüber, dass sie die Anfrage bekommen hätten, daran teilzunehmen. Wenn der Jugendhilfeausschuss Interesse habe, würden sie den Film gern zeigen, wenn dieser fertiggestellt sei.

Sie berichten sie von zwei weiteren Arbeitsgemeinschaften „Fairer Konsum“ und „Kunst im Ambulantikum“.

Man habe sich überlegt, das Konzept der Hagener Jugendräte zu überarbeiten und neu vorzulegen. Auf Nachfrage von Herrn Strüwer bitten die Vertreterinnen des Jugendrates den Jugendhilfeausschuss um Vorschläge, wie man den Jugendrat in der Öffentlichkeit bekannter machen könne. Man habe Probleme, neue Mitglieder für die Arbeit des Jugendrates zu finden.

Frau Scharlau bietet den Vertreterinnen des Jugendrates in diesem Zusammenhang die Kooperation mit dem Jugendring an.

Herr Strüwer schlägt vor, die Aufgabe für die nächste Sitzung mitzunehmen und über Lösungsansätze nachzudenken.

4. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer fragt im Hinblick auf das Anmeldeverfahren, ob man überall an den Start gehen könne.

Frau Versteeg-Schulte erklärt, dass man die Situation in der nächsten Sitzung differenzierter darstellen wolle. Die von Frau Klos-Eckermann bereits angesprochene Erlasslage binde sowohl Einrichtungen als auch Träger. Konkrete Beschwerden oder Eingriffsnotwendigkeiten hätten sich noch nicht ergeben.

Herr Strüwer fragt konkret nach, ob das in der Vergangenheit auch so praktiziert worden sei. Es könne doch nicht sein, dass man angehalten werde, Plätze zu garan-



tieren und in dem Fall, wenn sie nicht besetzt werden könnten, die Förderung zurückgezahlt werden müsse.

Herr Goldbach klärt den Sachverhalt auf. Er gehe davon aus, dass man auch im nächsten Jahr den Rechtsanspruch der 3-6-jährigen erfüllen könne. Die Debatte beschreibe Schwierigkeiten. Hagen bekäme das Problem gelöst. Es sei jedoch eine Herausforderung. Das Problem, das in der Presse beschrieben worden sei, sei sehr konstruiert. Man könne heute schon sagen, dass man ortsnah einen Kindergartenplatz garantieren könne. Es gebe jedoch keinen Rechtsanspruch auf eine bestimmte Kindertageseinrichtung.

Frau Hamann merkt an, dass man als Träger im Moment den Eindruck habe, dass das ein chronisches Problem werde. Man stehe chronisch in der Gefahr, 20 Jahre dieses Geld wieder zurückzahlen zu müssen. Man sei verunsichert.

Frau Köppen ergänzt, dass auch Eltern verunsichert seien und sich genötigt fühlten, ihr Kind früher anzumelden.

Frau Schärer berichtet aus dem Landeselternbeirat, dass es in Großstädten Fälle gebe, in denen Kinder nach einem Jahr die Einrichtung verlassen müssten, wenn sie über 3 Jahre alt seien.

Frau Haack ist der Meinung, dass man das ein bisschen differenzierter betrachten müsse. Sie beschreibe die Situation in Hagen. Man habe das angesprochene Problem in Hagen nicht und sie gehe davon aus, dass man es in Hagen auch nicht bekommen würde. Man habe in Hagen vor einiger Zeit mit Umbauten im Bestand angefangen. Diese hätten lediglich eine Bindungsfrist von fünf Jahren. Die ersten Einrichtungen würden im nächsten Jahr schon aus ihrer Bindung raus sein. Dann fange die Flexibilität wieder an. Bei den komplett neu gebauten Einrichtungen betrage die Bindungsfrist 20 Jahre. Davon gebe es in Hagen aber nicht viele. Bei den kommunalen Neubauten habe man darauf geachtet, dass man diese nicht mit Fördergeldern des Landes und des Bundes errichtet habe. Daher seien die kommunalen Einrichtungen nur zu einem ganz geringen Teil gebunden.

Herr Strüwer dankt Frau Haack für ihre ausführliche Darlegung der Gesamtsituation. Unterm Strich könne gesagt werden, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass es in Hagen auch in den nächsten Jahren nicht das Problem geben werde, dass 3-6-Jährige auf der Strecke blieben. Der Presseartikel führe zu einer Verunsicherung, die nicht nötig gewesen wäre.

Bezüglich der Probleme der Einrichtung „Am Bügel“ gehe man davon aus, dass das Problem in der nächsten Woche gelöst sei. Es sei sichergestellt worden, dass Härtefälle versorgt worden seien.

Er fragt nach dem Waldkindergarten. Er habe gehört, dass es nur zwei Interessenten gebe. Was bedeute das für ein solches Projekt?

Frau Versteeg-Schulte antwortet, dass es nach ihrem Informationsstand mehr als zwei Interessenten gebe. Das Ganze sei natürlich schleppend und abwartend.



Frau Haack ergänzt, dass man mit einer halben Gruppe starten werde. Neue Sachen entwickelten sich in der Regel nach einiger Zeit.

Frau Versteeg-Schulte berichtet, dass der Stadt ein weiteres Familienzentrumskontingent für das neue Kindergartenjahr zugewiesen worden sei. Die Überlegungen gingen in die Richtung, in den Stadtteilen Haspe und Hohenlimburg zwei weitere Familienzentren einzurichten. Dazu werde man in der nächsten Sitzung sicher mehr berichten können.

Herr Reinke fragt nach, wie es mit dem Abriss der Kindertageseinrichtung an der Boeler Straße aussehe.

Frau Versteeg-Schulte antwortet, dass in diesem Zusammenhang aktuell Gespräche geführt würden in Bezug auf die Altlasten bzw. des Abtransportes. Die GWH habe zugesichert, noch im Zeitplan zu sein.

5. **Neubau einer Kindertageseinrichtung an der Königstraße** **Vorlage: 0028/2014**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Frau Versteeg-Schulte weist darauf hin, dass der in der Vorlage genannte Eröffnungstermin 01.08.2015 nach neuesten Entwicklungen nicht einzuhalten sei. Man gehe jetzt aktuell von einer Eröffnung am 01.08.2016 aus.

Herr Reinke äußert seine Sorge bezüglich der Helligkeit des Standortes. Er habe den Eindruck, dass die Einrichtung im Schatten liege.

Frau Versteeg-Schulte teilt mit, dass die Fachleute zugesichert hätten, dass es ein sehr heller Standort sei.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der JHA stimmt der Umsetzung der Maßnahme „Königstraße“ zu.
2. Die zur Realisierung der Maßnahme notwendigen Voraussetzungen sind umgehend zu schaffen.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	1		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	6		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

**6. Eigentümer-/Trägerwechsel bei den Kindertageseinrichtungen
 Altenhagener Straße 60, Yorkstraße 11, Salzburger Straße 14 und
 Heigarenweg 9
 Vorlage: 0130/2014**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Frau Köppen stellt die Frage in den Raum, was in der traditionellen Trägerlandschaft passiere. Mittlerweile sei eine Reihe von Einrichtungen in der Trägerschaft der Hegemann gGmbH. Sei das ein Prozess, der gesteuert sei? Arbeite die Hegemann gGmbH mit in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG? Sei der Fachbereich an dieser Entwicklung beteiligt? Wie müsse sie sich das vorstellen? Sei die Hegemann gGmbH ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe? Müsse man das sein, um Träger eines Kindergartens zu werden?

Frau Versteeg-Schulte antwortet, dass die Hegemann gGmbH ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe sei. Der Fachbereich sei bei allen Entwicklungen mit eingebunden. Selbstverständlich arbeite der Träger auch mit in der zuständigen Arbeitsgemeinschaft und tue dies auch sehr konstruktiv. Mittlerweile habe der Träger eine eigene Fachberatung eingestellt.

Herr Goldbach ergänzt, dass diese Diskussion in der Vergangenheit bereits ausführlich geführt worden sei.



Herr Schurgacz beschreibt das Szenario, dass ein bisheriger Träger sein Gebäude an einen Investor verkaufe. Der übernehme es und vermiete es an einen anderen Träger und bekomme dort einen Mietzuschuss.

Diese Idee habe er bereits vor vielen Jahren gehabt. Dazu habe das Landesjugendamt insofern Stellung genommen, dass wenn eine Einrichtung einmalig mit öffentlichen Mitteln gefördert sei, sie für immer gefördert sei und nicht wieder anerkannt werde als ein Objekt, das über Miete bezuschusst werden könne. Das gelte auch, wenn die Bindungsfrist abgelaufen sei.

Er stellt die Frage, ob der dargestellte Sachverhalt so explizit vom Landesjugendamt genehmigt sei.

Frau Haack antwortet, dass die aufgeführten Einrichtungen nie investiv vom Land gefördert worden seien. In diesem Fall müsse das Landesjugendamt dem Träger oder Eigentümerwechsel lediglich zustimmen. Die Inhalte ergäben sich aus den Stellungnahmen des Landesjugendamtes. Die abschließende Entscheidung liege dann beim örtlichen Träger, dem Jugendhilfeausschuss.

Herr Strüwer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Der JHA stimmt den Eigentümer-/Trägerwechseln zu.
2. Die neuen Maßnahmen werden zum 1.08.2014 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	3		
SPD	1		
FDP	1		
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	6		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0



7. Bericht der Beratungsstelle Zeitraum

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hoferichter und Frau Wilbrand-Behrens von der Beratungsstelle Zeitraum berichten von ihrer Arbeit (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Sie beantworten im Anschluss Fragen von Herrn Reinke, Frau Klos-Eckermann und Herrn Strüwer.

Frau Burghardt würdigt die Arbeit der Beratungsstelle Zeitraum. Diese habe sich in Hagen gut verankert. Die Beratungslandschaft in Hagen habe sich positiv weiterentwickelt.

Herr Strüwer dankt den Vertretern der Beratungsstelle für ihren Vortrag und wünscht weiterhin viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

8. Vorstellung des kommunalen Integrationszentrums Bericht der Integrationsagenturen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Keller als Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums und die Vertreterinnen der Integrationsagenturen Frau Kahraman und Frau Roth von der AWO, Frau Kaiser vom Caritasverband und Frau Spielmann vom Diakonischen Werk.

Frau Keller stellt das Kommunale Integrationszentrum vor.

Im Anschluss stellen die Vertreterinnen der Integrationsagenturen sich und ihre Arbeit vor.

Herr Strüwer dankt den Gästen für ihre engagierten Vorträge. Es sei sehr interessant zu hören, wie die Dinge in der Praxis aussähen.

9. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

gez. Sabine Höggebe
Schriftführerin